

Einzelne Aspekte einer **Sonderbehandlung junger Rechtsbrecher** finden sich im geschichtlichen Rückblick schon sehr früh.¹ Die Entwicklung hin zu einer vom allgemeinen Strafrecht abweichenden gesetzlichen Sonderregelung für noch in der Entwicklung befindliche Delinquenten beginnt jedoch erst im 19. Jahrhundert. In Deutschland nahm die **jugendstrafrechtliche Gesetzgebung** in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ihren Anfang und setzte sich mit den Jugendgerichtsgesetzen von 1943 und 1953 fort. Ab den siebziger Jahren desselben Jahrhunderts kam es zu einer **Reform** des Jugendstrafrechts **durch die Praxis**, welche mit dem 1. JGG-Änderungsgesetz von 1990 gesetzlich systematisiert und durch das 2. JGGÄndG fortgeführt wurde. 20

Die vereinzelt Besonderheiten bei der Ahndung von Straftaten junger Menschen betrafen lange Zeit insbesondere die **Strafreife** sowie eine **mildere Bestrafung**. 21

So fehlte im römischen Recht Kindern unter 7 Jahren die Verantwortlichkeit. Im germanischen Recht differenzierte man teilweise zwischen einer Strafflosigkeit des noch Unmündigen und einer sog. Halbbüßigkeit als reduzierter Bußzahlungspflicht. In den verschiedenen strafrechtlichen Kodifikationen des Mittelalters lag die Strafreife dann zumeist zwischen 7 und 14 Jahren. Die Constitutio Criminalis Carolina von 1532 gab dem Richter vor, bei jugendlichen Übeltätern den Rat von Sachverständigen einzuholen (Art. 179). Zugleich wurde in Art. 164 bei Dieben unter 14 Jahren auf die Todesstrafe verzichtet.

Im gemeinen Recht begann die strafrechtliche Verantwortlichkeit ab einem Alter von 7 Jahren; zuvor fehlte den *infantes* noch die Einsichtsfähigkeit. Bei den *inpuberes* (bis 14 Jahre) wurde orientiert an Entwicklungsstand und Einsicht in die Tatfolgen personenbezogen von Straffreiheit bis hin zur Todesstrafe differenziert, während den *minores* als den über 14-Jährigen prinzipiell schon die Erwachsenensanktionen drohten.

Die deutschen Partikularstrafgesetzbücher des 19. Jahrhunderts stellten überwiegend verbindliche Strafmündigkeitsgrenzen auf. Diese lagen meistens im Bereich zwischen 12 und 14 Jahren. Zugleich waren für höhere Altersstufen partiell Strafmilderungen vorgesehen.

Das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 legte in §§ 55 bis 57 das Strafmündigkeitsalter auf das vollendete 12. Lebensjahr fest. Ab 18 Jahren war man voll strafmündig, während dazwischen relative Strafmündigkeit bestand. Täter dieser Altersstufe wurden bei mangelnder

¹ Dazu eingehend Holzschuh, 1957; vgl. auch den Überblick bei Schaffstein/Beulke, 2002, S. 32 ff.

Einsichtsfähigkeit freigesprochen (allerdings mit der Möglichkeit der Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt). Anderenfalls erfolgte ihre Bestrafung, wobei die Unrechtsreaktionen jedoch Milderungen erfuhren.

2.1 Der Weg zum RJGG 1923

- 22 Der Gesetzgeber entschied sich mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) vom 9.7.1922² und dem Reichsjugendgerichtsgesetz (RJGG) vom 16.2.1923³ für ein **dualistisches System des Jugendrechts**. Dieses hielt einerseits an der Einheit der Strafrechtsordnung fest, an strafrechtlichen Reaktionen auf delinquentes Verhalten junger Menschen, und berücksichtigte spezifische pädagogische Bedürfnisse durch Einfügung erzieherisch erachteter Aspekte in ein **Sonderstrafrecht für Jugendliche**. Entsprechend dem damaligen Verständnis vom Verhältnis zwischen Strafe und Hilfe sollte andererseits die **Jugendwohlfahrtspflege** auf gefährdete oder verwahrloste Minderjährige einwirken. Aufgabe des Vormundschaftsrichters blieb es, sich bei Verwahrlosungserscheinungen der noch nicht straffällig gewordenen Jugendlichen anzunehmen.

Die Reichsgesetzgebung der Jahre 1922 und 1923 bedeutete damit eine Absage an Bestrebungen, allen Formen jugendlicher Dissozialität in einem einheitlichen Jugendrecht zu begegnen. Sie schuf die bis heute fortwirkende **Trennung von Jugendkriminalrechtspflege und Jugendhilfe**.⁴ Mit dem Nebeneinander von RJGG und RJWG hatte sich zwar das dualistische System durchgesetzt. Eine in der Praxis bereits vorherrschende Zweispurigkeit von Behörden, Verfahren und Interventionsstrategien erfuhr ihre gesetzliche Festschreibung. Beide Bereiche wurden aber sowohl durch die angestrebte Personalunion von Jugend- und Vormundschaftsrichter als auch durch die Mitwirkung der neu geschaffenen Jugendämter im Jugendstrafverfahren verknüpft.

2.1.1 Jugendgerichtsbewegung und Jugendfürsorge

- 23 Die Jugendgesetzgebung von 1922 und 1923 brachte die mehr als ein Vierteljahrhundert lang in Deutschland andauernde und vor allem von der Jugendgerichtsbewegung geprägte Reformdiskussion zu einem vorläufigen Abschluss. Sozialpsychologische Einsichten über die **Jugend als eigene Stufe** menschlicher Altersfolge, die Entdeckung des Jugendlichen in der „Kontrollücke zwischen Schulbank und Kasernentor“⁵ sowie Erkenntnisse über eine auffallend rasche Zunahme der Jugenddelinquenz seit dem erstmaligen Erscheinen der Reichskriminalstatistik im

² RGBl. I 1922, S. 633.

³ RGBl. I 1923, S. 135.

⁴ Zur Jugendgesetzgebung in der Weimarer Republik vgl. Hasenclever, 1978, S. 48 ff.; Peukert/Münchmeier, 1990, S. 9 ff.

⁵ Peukert/Münchmeier, 1990, S. 6.

Jahr 1882 hatten eine **Zeitströmung** hervorgerufen, die sich der besonderen Probleme junger Menschen annahm.

In die gleiche Richtung führten Forderungen der sog. **modernen Strafrechtsschule**: An die Stelle Tatschuld vergeltender Strafe sollte ein spezialpräventives Täterstrafrecht mit dem Ziel der Verhütung weiterer Rechtsbrüche treten.⁶ Dabei wurde der Gruppe der Jugendlichen wegen ihrer im Vergleich zu Erwachsenen größeren Beeinflussbarkeit im Hinblick auf eine Resozialisierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.⁷

2.1.1.1 Nordamerikanische Einflüsse

Entscheidende Anstöße hatte die Reformdiskussion durch Berichte über die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gewonnenen Erfahrungen mit jugendrichterlichen Reaktionen auf abweichendes Verhalten junger Menschen bekommen.⁸ Dort wandten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts **sozialpolitische gesellschaftliche Initiativen** in hohem Maße der Jugendfürsorge zu.

Es entstand ein **Probationssystem**, bei dem das Strafverfahren nach einem Schuldspruch einstweilen ausgesetzt wurde, um dem Betroffenen die Chance zu eröffnen, der Strafe durch gute Führung zu entgehen. Allerdings bedurfte der junge Rechtsbrecher hierbei Unterstützung. Innerhalb des Probationssystems schuf man deshalb mit der Person des Probation Officers ein Fürsorgeorgan, das – in den einzelnen Staaten jeweils unterschiedlich geregelt – ehrenamtlich oder hauptamtlich ausgeübt wurde.⁹ Der Probation Officer sollte eine Doppelrolle als Vertrauensperson der Strafverfolgungsbehörden ebenso wie der Jugendlichen wahrnehmen.¹⁰ Stellte das Gericht einen Angeklagten unter Überwachung durch den Probation Officer, wurde dieser einerseits zum Berater, indem er den Richter über seine Erkenntnisse zur Täterpersönlichkeit informierte. Zugleich hatte er andererseits die Aufgabe, den Jugendlichen während des gesamten Strafverfahrens zu betreuen und nach Verbüßung einer ggf. erforderlichen Strafhaft bei seiner gesellschaftlichen Wiedereingliederung zu unterstützen.¹¹

Ende des 19. Jahrhunderts wurden in Nordamerika bereits **eigene Jugendgerichte** installiert, denen teilweise bei der Reaktion auf jugendliches Fehlverhalten ein breites Ermessen zustand.¹²

2.1.1.2 Gründung eines Jugendgerichtssystems

In Deutschland wurde der Gedanke einer durchgehenden Fürsorge aufgenommen, die unter einheitlicher pädagogischer Verantwortung den Jugendlichen durch alle Stadien des Strafverfahrens begleitet und auf einen Erfolg gerichtlicher Maßnah-

⁶ Siehe v. Liszt F., 1905, S. 339 ff.

⁷ Vgl. etwa Appellius, 1892.

⁸ Vgl. Baernreither, 1905; Blumenthal, 1909; Gudden, 1910; Hartmann, 1906.

⁹ Siehe Haeckel, 1927, S. 11; Ruscheweyh, 1918, S. 45.

¹⁰ Baernreither, 1905, S. 64; Lenz, 1907, S. 859.

¹¹ Hartmann, 1906, S. 55.

¹² Vgl. Schüler-Springorum, 2001, S. 822 f.

men hinwirkt.¹³ Auf dem Weg der Geschäftsverteilung wurden hier im Jahr 1908 erstmals bei den Amtsgerichten Frankfurt a. M., Köln und Berlin nach nordamerikanischem Vorbild¹⁴ **Spezialstrafabteilungen für Jugendliche** eingerichtet, deren Beispiel bald andere Städte folgten.¹⁵

26 Schon die Praxis dieser ersten Jugendgerichte zeigte deutlich, dass deren Unterstützung durch Helferorganisationen unerlässlich blieb, damit sie ihre Aufgaben zureichend erfüllen konnten.¹⁶ Die neuen Jugendgerichte waren auf eine enge **Zusammenarbeit mit Organen der Jugendfürsorge** angewiesen, die durch Ermittlungsberichte über Erziehungsverhältnisse, gutachtliche Erziehungsvorschläge sowie begleitende und nachgehende Erziehungshilfen das Verfahren förderten und dem Beschuldigten beistanden.¹⁷ Nach dem Vorbild des Probation Officers¹⁸ begann sich neben den Jugendgerichten auch eine Jugendgerichtshilfe zu entwickeln. Die Heranziehung des Laienelements in der Fürsorgebewegung hatte dabei eine Organisationsvielfalt zur Folge. Es dominierten Fürsorgeausschüsse, Jugendfürsorgeverbände bzw. Zentralen für private Fürsorge, städtische Fürsorgeämter und lose Helfervereinigungen.¹⁹

27 Auf der vollzuglichen Ebene wurde zwar in einzelnen Anstalten des **Freiheitsentzugs** schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Trennung junger Inhaftierter von erwachsenen Gefangenen praktiziert.²⁰ Zur Ermöglichung eines nach damaliger Vorstellung jugendgemäßen Erziehungsvollzugs erfolgte 1912 in Wittlich erstmals die Einrichtung einer besonderen Anstalt als **Jugendgefängnis**. Dort blieb die Behandlung der Straffälligen allerdings zunächst noch geprägt von Leibesübungen und militärischem Drill.²¹

Die im Justizverwaltungsweg erfolgte Einführung von Jugendstraferichten verstärkte den **Druck auf den Gesetzgeber**, straf- und strafverfahrensrechtliche Normen für Jugendliche zu schaffen. Besondere das Jugendstrafverfahren sowie die Jugendgerichtsverfassung betreffende Regelungen beinhalteten bereits die von der Reichsregierung 1909 vorgelegten „Entwürfe eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozessordnung und eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes“.²² Blieben die Entwürfe 1909 infolge von Problemen, die das Jugendstrafrecht nicht betrafen, vom Reichstag unerledigt²³, so wurde in der Folgezeit der Ruf nach einem Sondergesetz für

¹³ Duensing, 1909, S. 166 ff.; Grünhut, 1928, S. 392.

¹⁴ Siehe dazu Freudenthal, 1912.

¹⁵ Vgl. Kraft, 2004, S. 46 f.

¹⁶ Ruscheweyh, 1918, S. 151.

¹⁷ Hasenclever, 1978, S. 35.

¹⁸ Haeckel, 1927, S. 13.

¹⁹ Vgl. Haeckel, 1927, S. 13 f.; Ruscheweyh, 1918, S. 151 ff.

²⁰ Dörner, 1991, S. 145.

²¹ Dörner, 1991, S. 45.

²² Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 254, Anlage zu den Stenographischen Berichten Nr. 1310.

²³ Vgl. Schmidt Eb., 1965, S. 410 f.

Jugendliche immer lauter²⁴. Die Grundzüge eines eigenständigen Jugendgerichtsgesetzes formulierte dann der 1912 dem Reichstag vorgelegte, jedoch vom Gesetzgeber nicht verabschiedete „Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche“.²⁵

2.1.2 Das RJGG 1923

Nach Unterbrechung der Reformarbeiten durch den Ersten Weltkrieg wurde zu Beginn des Jahres 1920 dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes vorgelegt, dessen Regelungen auf dem Grundgedanken basierten, dass „Verfehlungen von Personen, die sich körperlich und geistig noch in der Entwicklung befinden, grundsätzlich anders bewertet werden müssen als Straftaten Erwachsener“. Gefolgert wurde hieraus die Notwendigkeit eines Absehens von Strafe, wenn erzieherische Eingriffe genügten. Eine Entscheidung darüber bedingte, dass „alle für die Beurteilung der Persönlichkeit des Jugendlichen bedeutsamen Umstände möglichst frühzeitig erforscht werden“.²⁶

28

Das im Jahr 1923 verabschiedete RJGG²⁷ als **Sonderstrafrecht für jugendliche Täter** ersetzte die §§ 55 bis 57 RStGB. Nach dem RJGG blieben Kinder straffrei, die Strafmündigkeit begann jetzt mit 14 Jahren. Jugendliche zwischen dem vollendeten 14. und 18. Lebensjahr waren bedingt strafmündig. § 3 RJGG verlangte für ihre Bestrafung, die Einsichts- und Handlungsfähigkeit positiv festzustellen.

Auf der Ebene der **Rechtsfolgen** fanden bei Jugendlichen prinzipiell die Sanktionen des Erwachsenenstrafrechts Anwendung, die jedoch eine Milderung erfahren konnten (§ 9 RJGG). Die Vollstreckung von Freiheitsstrafen durfte nunmehr auf gesetzlicher Grundlage (§ 10 RJGG) zur Bewährung ausgesetzt werden. Allerdings gab es noch keine Begrenzung des Mindestmaßes der Freiheitsstrafe zur Vermeidung der gerade für junge Menschen schädlichen Kurzzeitstrafen; es fehlte zudem an zureichender Betreuung der Betroffenen während der Bewährungszeit.²⁸ Eine wesentliche Neuerung brachten §§ 5, 7 RJGG. Danach hatten die Gerichte vor einer Bestrafung des Jugendlichen zu prüfen, ob **Erziehungsmaßregeln** ausreichten. Als solche standen Verwarnung, Überweisung in die Zucht eines Erziehungsberechtigten oder der Schule, Auferlegung besonderer Pflichten, Unterbringung, Schutzaufsicht oder Fürsorgeerziehung zur Verfügung. Ließ sich so die Verfehlung des Jugendlichen adäquat sanktionieren, sah das Gericht gem. § 6 RJGG von einer Strafe ab.

Das RJGG regelte auch Besonderheiten für das **Jugendstrafverfahren**.²⁹ Die zuvor bereits übliche Praxis der Aburteilung durch besondere Jugendgerichte wur-

²⁴ Vgl. Hasenclever, 1978, S. 23.

²⁵ Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 300, Anlage zu den Stenographischen Berichten Nr. 576.

²⁶ Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 375, Anlage Nr. 5171, Begründung S. 8.

²⁷ Dazu Francke, 1926; Radbruch, 1923.

²⁸ Siehe auch Schaffstein/Beulke, 2002, S. 39.

²⁹ Vgl. auch Kraft, 2004, S. 100 f.

de gesetzlich normiert, die prinzipielle Nichtöffentlichkeit der Verhandlung (§ 23 RJGG) eingeführt. Ferner kam es zu Einschränkungen des Anklagegrundsatzes: Gem. § 32 RJGG durfte schon der Staatsanwalt mit richterlicher Zustimmung von der Anklageerhebung absehen, wenn zuvor eine Erziehungsmaßregel angeordnet und eine weitere Maßnahme nicht erforderlich war. Bei bereits erhobener Klage konnte die Einstellung des Verfahrens zudem durch das Jugendgericht erfolgen.

- 29 Schon § 3 Nr. 5 RJWG übertrug den Jugendämtern die Aufgabe der Mitwirkung im Jugendgerichtsverfahren. Dementsprechend bezeichnete § 42 RJGG als **Jugendgerichtshilfe** die Tätigkeit der Jugendämter auf der Grundlage der Vorschriften des RJGG, welche sie im Benehmen mit den Vereinigungen der Jugendfürsorge ausüben sollten. Das RJGG begründete eine Reihe von Mitteilungs- und Anhörungspflichten des Jugendgerichts bzw. der Staatsanwaltschaft gegenüber der Jugendgerichtshilfe. Neben Ermittlungshilfe und gutachterlichen Stellungnahmen konnte zudem ein persönlich bestimmter Jugendgerichtshelfer als Beistand bestellt werden; er fungierte als Erziehungsanwalt zur Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Erziehungsanspruchs des Jugendlichen und des Staates. Nach Verhängung der Unrechtsreaktion sollte die Jugendgerichtshilfe überwiegend fürsorgisch agieren.

2.2 NS-Zeit und RJGG 1943

- 30 Das Herrschaftsregime des sog. Dritten Reichs war neben dem Normenstaat, der sich in rechtlichen Regelungen ausdrückte, auch durch die Parallelexistenz eines auf die Ziele des Nationalsozialismus ausgerichteten Maßnahmenstaats gekennzeichnet. In diesem **Doppelstaat**³⁰ kam es einerseits zu einer Weiterentwicklung des Jugendstrafrechts im Sinne der von der Jugendgerichtsbewegung verfolgten Zielsetzungen. Andererseits erfuhr das Jugendstrafrecht im Verlauf der nationalsozialistischen Machtausübung vermehrte Umbildungen gemäß der damaligen Ideologie.³¹ Auf der Ebene des **Maßnahmenstaats** führte schließlich die Auflösung der Grenzen zwischen Straf- und Polizeirecht zur Entwicklung von Jugendkonzentrationslagern („Polizeiliche Jugendschutzlager“). Dort erfolgte die Unterbringung jugendlicher Delinquenten ohne richterliche Anordnung; zugleich stellten die Lager ein Mittel zur Durchsetzung einer rassistischen und rassebiologischen Jugendpolitik dar.³²
- 31 Im **Normenstaat** kam es zu **Fortentwicklungen** des RJGG.³³ Bereits lange vor der NS-Zeit diskutierte und geforderte Maßnahmen wurden kodifiziert. Zur Vermeidung der als schädlich erachteten kurzen Freiheitsstrafen führte der Normgeber durch „Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechts“ von 1940³⁴ den Jugend-

³⁰ Fraenkel, 1984, S. 26 ff., 96 ff.

³¹ Dazu Kleimann, 2013, S. 397 ff.

³² Dazu Schüler-Springorum, 2001, S. 828; siehe auch Werle, 1989, S. 244 ff., 468 ff.; Wolff, 1992, S. 188 ff.

³³ Vgl. auch Kraft, 2004, S. 61 ff.

³⁴ RGBl. I 1940, S. 1336.

arrest als Zuchtmittel ein.³⁵ Ebenfalls auf dem Verordnungswege schuf man im Jahr 1941³⁶ die Möglichkeit einer Verurteilung zu Jugendgefängnis von unbestimmter Dauer als jugendstrafrechtliche Unrechtsreaktion. Beide Rechtsfolgen wurden dann in das als „Verordnung über die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Jugendstrafrechts“ verabschiedete RJGG 1943³⁷ aufgenommen. § 2 RJGG unterteilte die Reaktionsmöglichkeiten auf Straftaten Jugendlicher nunmehr in Strafe, Zuchtmittel und Erziehungsmaßnahmen. Die zeitliche Untergrenze einer Unterbringung im Jugendgefängnis legte § 5 Abs. 1 RJGG auf drei Monate fest, die Höchstgrenze betrug zehn Jahre. Insoweit verloren die Strafraumen des Allgemeinen Strafrechts ihre Bedeutung.

Veränderungen des Jugendstrafrechts im Sinne der **NS-Ideologie** zeigten sich bereits in der „Verordnung zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher“ von 1939.³⁸ Danach sollten Delinquenten ab einem Alter von 16 Jahren, die zum Tatzeitpunkt die Reife eines Erwachsenen und eine besonders verwerfliche und verbrecherische Gesinnung hatten, nach Erwachsenenstrafrecht sanktioniert werden. Abgeschafft wurde dann mit dem RJGG 1943 die Strafaussetzung zur Bewährung. Die Altersgrenzen erfuhren eine Relativierung insofern, als schon 12-jährige Delinquenten bestraft und unter 18-jährige als „charakterlich abartige Schwerverbrecher“ nach Erwachsenenstrafrecht behandelt werden konnten.³⁹ Das RJGG 1943 galt nur partiell. Denn gem. § 1 Abs. 2 S. 1 RJGG 1943 betraf es ausschließlich Verfehlungen deutscher Jugendlicher und sah eine sinngemäße Anwendung allein für „artverwandte“ Jugendliche im Sinne von Volkszugehörigkeit vor.⁴⁰ Für Straftaten von nicht unter den Anwendungsbereich des RJGG fallenden jungen Menschen erfolgte die Ahndung durch die Polizei.⁴¹

Die in § 25 Abs. 1 RJGG 1943 festgelegte Heranziehung der Hitler-Jugend als ein „Organ der Jugendstrafrechtspflege“⁴² neben der Jugendgerichtshilfe bestätigte eine schon seit 1935 durch Allgemeinverfügung des Reichsjustizministers geregelte Praxis. Danach konnte die Hitler-Jugend in Jugendstrafverfahren gegen ihre Mitglieder zahlreiche Mitwirkungsrechte in Anspruch nehmen. Nach Inkrafttreten des RJGG 1943 oblagen den Strafverfolgungsbehörden schließlich umfangreiche Mitteilungspflichten gegenüber dieser Organisation, damit sie parallel zur Jugendgerichtshilfe gem. § 28 RJGG 1943 „die Volkszugehörigkeit des Beschuldigten, seine Lebens- und Sippenverhältnisse, seine Lebensgeschichte, seine Haltung in der Volks- und Jugendgemeinschaft und alle übrigen Umstände“ ermittelte, „die zur Beurteilung seiner seelischen, geistigen und körperlichen Eigenart dienen können“. In der Hauptverhandlung gewährte § 35 RJGG 1943 den Vertretern von Hitler-Jugend und Jugendgerichtshilfe hierzu ein Erklärungsrecht.

³⁵ Dazu Kleimann, 2013, S. 402 f.; Meyer-Höger, 1998, S. 14 ff., 58 ff.

³⁶ RGBl. I 1941, S. 567.

³⁷ RGBl. I 1943, S. 635.

³⁸ RGBl. I 1939, S. 2000.

³⁹ Dazu Kleimann, 2013, S. 401 f.

⁴⁰ Siehe Kleimann, 2013, S. 399.

⁴¹ RiL Nr. 1 zu § 1 Abs. 2 RJGG.

⁴² Peters, 1944, S. 105.

32

33

2.3 Das JGG 1953

- 34 In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kam es schon durch die Jugendgerichte selbst zu einer Beseitigung der im RJGG 1943 enthaltenen Lockerung der Altersgrenzen. Auch die übrigen auf der Grundlage der NS-Ideologie vorgenommenen Entartungen des Jugendstrafrechts wurden wie diejenigen im Gesamtbereich des Strafrechts im Wege der **Rechtsbereinigung** entfernt.

Im Jahr 1952 begann schließlich das Gesetzgebungsverfahren über den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichsjugendgerichtsgesetzes“. ⁴³ Mit diesem sollte zunächst nur ein auf den bisherigen Regelungen basierendes, von nationalsozialistischem Beiwerk befreites Gesetzeswerk geschaffen, einige als dringend geboten erachtete Reformmaßnahmen nachgeholt und eine lediglich „vorläufige Neuregelung“ verabschiedet werden. ⁴⁴ Zustande kam jedoch ein neues, vom RJGG 1943 unabhängiges Jugendgerichtsgesetz vom 4.8.1953. ⁴⁵ Dieses trat am 1.10.1953 in Kraft und stellt das **bis heute grundlegende JGG** dar.

- 35 Als absolute Grenze der **Strafmündigkeit** bestimmte § 1 Abs. 3 JGG 1953 die Vollendung des 14. Lebensjahres (seit dem 2. StrRG in § 19 StGB geregelt). Das Gesetz behielt die Dreigliederung der jugendstrafrechtlichen **Unrechtsreaktionen** in Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe bei. Wieder eingeführt wurde die Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewährung. Das JGG 1953 legte nach den Erfahrungen mit diesem Rechtsinstitut auf der Grundlage des RJGG 1923 nunmehr eine obligatorische Bewährungshilfe und -aufsicht fest. Neu war zudem die Einführung der bedingten Verurteilung in Form der Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe zur Bewährung (§§ 27 ff. JGG). Ferner erfolgte die **Einbeziehung der Heranwachsenden** in die Zuständigkeit der Jugendgerichte, die seitdem unter den Voraussetzungen des § 105 Abs. 1 Nr. 1 und 2 JGG die jugendstrafrechtlichen Rechtsfolgen auch auf die 18- bis unter 21-Jährigen anwenden dürfen. Die **Persönlichkeitserforschung** des jungen Rechtsbrechers stellte der Gesetzgeber schließlich an die Spitze des Abschnitts „Jugendstrafverfahren“. Mit § 43 JGG sollte sichergestellt sein, dass die Ermittlungen sich nicht nur auf die Tataufklärung beschränken, sondern alle inneren und äußeren Verhältnisse umfassen, um die Ursachen der Straffälligkeit aufdecken und eine sorgfältige Diagnose für den Einzelnen erarbeiten zu können. Diese hervorgehobene Aufgabe wird vor allem der **Jugendgerichtshilfe** zugewiesen, deren ermittelnde, berichtende, beratende, überwachende sowie betreuende Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche das JGG 1953 erstmals allgemein umreißt.

⁴³ BT-Drs. I 1952, S. 3264.

⁴⁴ BT-Drs. I 1952, S. 3264, Begründung S. 35.

⁴⁵ BGBl. I 1953, S. 751.

2.4 Systemimmanente Reform und JGGÄndGe

Als Konsequenz aus den kriminologischen Erkenntnissen zur Phänomenologie delinquenten Verhaltens junger Menschen⁴⁶ sowie der präventiven Effizienz jugendstrafrechtlicher Unrechtsreaktionen ergriffen mangels legislatorischer Impulse zunächst **Wissenschaft und Praxis** ab Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Initiative zu einer Reform des Jugendstrafrechts. Innerhalb des normativ vorgegebenen Rahmens des JGG 1953 entwickelten sich Strategien mit dem Ziel, die Anzahl förmlicher Verfahren zu reduzieren. Der Anstieg informeller Erledigungen nach §§ 45 und 47 JGG wurde von Bestrebungen zur **Umstrukturierung der justiziellen Erledigungspraxis** mit Hilfe zahlreicher lokaler Modellprojekte begleitet. Im Bereich der durch Verurteilung abgeschlossenen Verfahren führte die Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips zu einer vermehrten **Ersetzung stationärer Sanktionen** durch ambulante Maßnahmen. Zugleich kam es zur Erprobung und Institutionalisierung neuer – insbesondere sozialpädagogischer – **Sanktionsalternativen**, die für Jugendrichter und -staatsanwaltschaft den Spielraum jugendgemäßer Unrechtsreaktionen erweiterten. Wesentliche von der sog. Inneren Reform entwickelte und in der Praxis bewährte Strategien hat die Legislative schließlich mit dem 1. JGGÄndG vom 30.8.1990⁴⁷ gesetzlich festgeschrieben.

36

2.4.1 Rezeption nordamerikanischer Diversionsbestrebungen

Delinquenz als ubiquitäre und ganz überwiegend nur passagere Erscheinungsform im Sozialisationsprozess verlangt eine **Reduzierung formeller Verfahren** gegen junge Straftäter. So haben empirische Studien⁴⁸ ergeben, dass gerade eine vorzeitige Einstellung die Rückfallquote verringert, d. h. die Chance einer Legalbewährung stellt sich – nicht nur für Ersttäter – bei informeller Erledigung besser dar als nach förmlicher Verurteilung. Damit werden Gefahren einer Wirkungsdynamik reduziert, die letztlich neue Rechtsbrüche begünstigen könnte. Die Wahl informeller Alternativen ist zudem geeignet, den Übergang zum Makel formeller Sanktionierung zu vermeiden bzw. zu verzögern. Stigmatisierende Wirkungen förmlicher Strafverfahren bleiben reduziert. Das Erfordernis eines **Abbaus überschießender justizieller Sozialkontrolle** zur Vermeidung einer weiteren Kriminalisierung mittels Zuschreibung durch die formellen Instanzen hat seit Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts gerade im Jugendstrafrecht zu einer Rezeption nordamerikanischer Diversionsbestrebungen geführt.

37

Als neue kriminalpolitische Strategie sowie als institutionalisierte Reaktionsalternative findet sich die Diversion erstmals in dem 1967 publizierten Schlussbericht der US-amerikanischen „President’s Commission on Law Enforcement and Administration of Justice, Task Force Report: Juvenile Delinquency and Youth Crime“. Die Kommission empfahl als

⁴⁶ Dazu Kap. 1.2.

⁴⁷ BGBl. I 1990, S. 1853 ff.

⁴⁸ Heinz, 1989, S. 21 ff.; Heinz/Spieß/Storz, 1988, S. 631 ff.; Heinz/Storz, 1992, S. 133 ff.

Reaktion auf delinquentes Verhalten junger Menschen eine Zurückdrängung des formellen Sanktionensystems sowie eine Neuentwicklung bzw. stärkere Nutzung weniger eingriffsintensiver, jedoch präventiv effektiverer Maßnahmen.⁴⁹

- 38 Die meisten Straftaten Jugendlicher bzw. Heranwachsender im Bereich leichter und mittlerer Schwere verbleiben letztlich im Dunkelfeld; dennoch führt das Fehlen strafrechtlicher Reaktionen keineswegs zu einer Gefährdung des Entwicklungsprozesses. Eine **informelle Erledigung** der ins Hellfeld gelangten Normverstöße vermag daher häufig eher als ein formelles Verfahren zur **Sozialisation** des Delinquenten beizutragen. Dementsprechend wurde die jugendkriminalpolitische Diskussion eine Zeit lang von Diversionsstrategien geradezu beherrscht.⁵⁰ Die Ausschöpfung von Diversionmöglichkeiten zählt bei uns inzwischen zu den jugendstrafrechtlichen Selbstverständlichkeiten.⁵¹
- 39 **Diversion** bedeutet eine „Umleitung“ des Strafverfahrens um die förmliche richterliche Verurteilung herum, wobei dies durch den Staatsanwalt oder durch den Richter erfolgt.⁵² Zur Diversion im Jugendstrafrecht rechnen dabei alle Maßnahmen, die nach dem ersten Kontakt des Täters mit Instanzen der formellen Sozialkontrolle und vor einem Verfahrensabschluss durch ein Urteil zu einem **Abbruch des Strafverfahrens** führen. Die Unterbrechung der Kette Ermittlungsverfahren – Strafprozess – Verurteilung wird nach der Rezeption nordamerikanischer Entkriminalisierungsideen mit dem Schlagwort Diversion bezeichnet.

2.4.2 Verbreiterung des Reaktionsspektrums

- 40 Sowohl innerhalb der durch Verurteilung förmlich abgeschlossenen als auch im Rahmen der gem. §§ 45, 47 JGG 1953 gegebenen Möglichkeiten machten Jugendstaatsanwaltschaften und Jugendgerichte in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts in zunehmendem Maße von der Anordnung nicht-stationärer Maßnahmen Gebrauch.⁵³ In Konsequenz der als unbefriedigend empfundenen vorherigen Sanktionspraxis folgte in einer Reihe lokaler Modellprojekte⁵⁴ die **Erprobung** neuer, insbesondere nach sozialpädagogischen Gesichtspunkten ausgestalteter **ambulanter Unrechtsreaktionen**: Arbeitsweisungen, Betreuungsweisungen, erzieherische Gruppenarbeit, Schadenswiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich. Dominierende Ziele waren dabei, die Umstrukturierung der Erledigungspraxis sowie die Über-

⁴⁹ Vgl. eingehend Dirnacher, 1990, S. 19 ff.

⁵⁰ Nachweise zu den wesentlichen in den Jahren 1980 bis 1989 erschienenen Veröffentlichungen finden sich in: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), 1989, S. 65 ff.

⁵¹ Beulke, 2003, S. 315; siehe auch Grundies, 2004; Heinz, 2005, S. 170 ff.; ders. 2012, S. 132.

⁵² Heinz, 1998, S. 245.

⁵³ Siehe Heinz/Storz, 1992, S. 35 ff.; Pfeiffer Ch., 1989a, S. 74 ff.

⁵⁴ Dazu Busch/Hartmann, 1984; Hering/Sessar, 1990; Kerner/Galaway/Janssen, 1986, S. 331 ff.; Kuhn/Rudolph/Wandrey/Will, 1989; Ludwig, 1989, S. 53 ff.; Marks, 1982, S. 126 ff.; Marks/Rössner, 1990; Pfeiffer Ch., 1989, S. 117 ff.; Schreckling, 1991; Steinhilper, 1985, S. 1 ff.



<http://www.springer.com/978-3-662-45026-0>

Jugendstrafrecht

Laubenthal, K.; Baier, H.; Nestler, N.

2015, XXI, 505 S., Softcover

ISBN: 978-3-662-45026-0